

D-02 Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 09.11.2023
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat im vergangenen Jahr die größte
- 2 Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Darüber hinaus
- 3 suchen wieder
- 4 mehr Menschen Schutz, die von Terror, Krieg oder politischer Verfolgung in
- 5 Heimatländern wie
- 6 Afghanistan oder Syrien bedroht sind. Bund, Länder und Kommunen haben in den
- 7 zurückliegenden
- 8 Jahren hart daran gearbeitet, den Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu
- 9 geben und
- 10 sie zu versorgen. Insbesondere die Kommunen und viele Freiwillige haben dabei
- 11 Unschätzbares
- 12 geleistet. Ihnen allen gilt unser Dank.
- 13 Gleichzeitig gilt: Viele Kommunen kommen zunehmend an ihre Belastungsgrenze.
- 14 Manche Behörde
- 15 kommt kaum noch hinterher. Die Integrationsarbeit wird erschwert. Es fehlt vielerorts
- 16 an
- 17 Wohnraum und an Personal, gerade auch zur Betreuung unbegleiteter minderjähriger
- 18 Flüchtlinge. Die Kräfte der vielen Ehrenamtlichen lassen allmählich nach. Wir sehen
- 19 diese
- 20 Belastung und sehen es als unseren Auftrag, die Kommunen zu unterstützen.
- 21 Vor diesem Hintergrund war es wichtig, dass Bund und Landesregierungen
- 22 unterschiedlicher
- 23 Konstellation im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom 6. November in
- der Lage
- waren, zu einer breiten Einigung unter den demokratischen Parteien zu kommen. Diese
- Einigung
- bietet eine Grundlage, um die Kommunen bei der Bewältigung ihrer großen Aufgabe zu
- unterstützen. Auch wenn wir Punkte, wie etwa die geplante Verlängerung des
- Grundleistungsbezugs des Asylbewerberleistungsgesetzes oder die Prüfung von
- Asylverfahren in
- Transit- und Drittstaaten kritisieren: Unsere Demokratie ist stark und muss dies durch
- ihre
- Lösungskompetenz und Handlungsfähigkeit zeigen. Das Vertrauen der Menschen in
- diesem Land in
- demokratische Institutionen hängt auch davon ab, ob die Herausforderungen
- angegangen werden.
- Wir wissen, dass wir Verantwortung für den Zusammenhalt im Land tragen. Unser Land
- kann
- diese Aufgabe meistern.

24 Dabei setzen wir in der Migrationspolitik auf Humanität und Ordnung. Diese bedingen
25 einander. Denn Humanität kann es dauerhaft nur mit geordneten Verfahren geben,
während
26 Abschottung zu Chaos führt. Es braucht klare Regeln, die den Menschen in Not helfen.
Die
27 Hilfe muss gleichzeitig vernünftig organisiert sein.

28 Deutschland ist zurecht grundgesetzlich wie völkerrechtlich einer Migrationspolitik der
29 Humanität verpflichtet. Deutschland als eines der größten Aufnahmeländer der Welt
darf seine
30 Empathie und Menschlichkeit nicht aufgeben. Hinter jeder Zahl und jeder Statistik
verbirgt
31 sich ein Mensch, eine Familie, ein Schicksal. Die Menschen sind gezwungen, ihre
Heimat zu
32 verlassen und fliehen vor Krieg und Vertreibung. Wir wollen Schutzbedürftigen helfen,
33 unserer humanitären Verantwortung gerecht werden und hierfür auch legale und
sichere
34 Fluchtwege gewährleisten. Wer Schutz braucht, muss Schutz bekommen.

35 Wir wollen Menschen auch Möglichkeiten und Chancen bieten. Wir brauchen Menschen,
die zu uns
36 kommen und hier arbeiten wollen. Denn unsere Gesellschaft braucht Migration, unsere
37 Wirtschaft benötigt Fach- und Arbeitskräfte – in der Industrie, im Gesundheitswesen, in
der
38 Gastronomie, in der Wissenschaft. Dafür werben wir weltweit um die besten Köpfe und
39 fleißigsten Hände. Wir können es uns nicht leisten, dass Menschen aus anderen
Ländern sich
40 bei uns nicht willkommen fühlen.

41 Eine Politik wiederum, die das Heft des Handelns aus der Hand gibt, kommt ihrer
42 Verantwortung nicht nach und verliert die Akzeptanz der Bürger*innen. Wir wissen:
Steuerung,
43 Ordnung und Rückführung gehören zur Realität eines Einwanderungslandes wie
Deutschland dazu.

44 Es braucht legale und sichere Wege zu uns, jenseits einer menschenfeindlichen Festung
Europa
45 einerseits und unkontrollierter Grenzen andererseits. Wir verteidigen das Grundrecht
auf
46 Asyl und unsere internationalen Verpflichtungen wie die Genfer Flüchtlingskonvention.
Wir
47 wollen aber nicht nur ein Bekenntnis abgeben, wir wollen diesen Anspruch pragmatisch
48 umsetzen: Wir packen reale Probleme an und entwickeln tatsächliche Lösungen. Das
bedeutet:
49 Wir wollen Kapazitäten ausbauen, die soziale Infrastruktur stärken und tragfähige
Strukturen
50 schaffen. Daneben müssen, wo die Kapazitäten erschöpft sind, durch rechtsstaatliche
und
51 menschenwürdige Maßnahmen auch die Zahlen sinken. Eine Obergrenze ist weder
machbar noch
52 rechtens noch human.

53 Kurzum: Nur eine Politik, die Werte und Wirklichkeit verbindet, wird auf Dauer tragen.
Dafür

54 wollen wir in der Gesellschaft selbstbewusst werben: Wir hören zu, nehmen Probleme
ernst und
55 setzen uns für eine rechtebasierte Asyl- und Migrationspolitik ein, die unseren
Zusammenhalt
56 stärkt und erweitert.

57 Wir wissen um die Tragweite unserer Entscheidungen. Jede vermeintliche Kleinigkeit im
58 Regelwerk kann existenzielle Auswirkungen für Individuen haben. Als eine Partei, die
sich
59 auch für den Einsatz für Minderheitenrechte gegründet hat, sind BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN stets
60 dem Grundsatz der Humanität verpflichtet. Diese in eine Ordnung zu gießen, ist nun
das
61 Gebot. Wir suchen und geben Antworten, die dem Ernst und der Größe der
Herausforderung
62 angemessen sind, statt es uns mit einfachen Antworten und unsachlichen
63 Profilierungsversuchen leicht zu machen, wie es die Populist*innen tun. Wir streiten
64 ernsthaft um den richtigen Weg, auch stellvertretend für die Gesellschaft. In Demut vor
der
65 Aufgabe und im Wissen darum, dass es keine einfachen Lösungen gibt.

66 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich ein für:**

67 **1. Kommunen unterstützen**

68 Wir wollen Städte und Gemeinden besser unterstützen. Es ist gut, dass Bund und
Länder bei
69 der finanziellen Unterstützung einen großen Schritt vorangekommen sind. Dafür haben
wir
70 lange gekämpft. Als Teil der Ampelregierung sorgen wir für eine dauerhafte und
strukturelle
71 Finanzierung des Bundes, die langfristige Planungssicherheit für Länder und die
Kommunen
72 ermöglicht. Gleichzeitig etablieren wir eine flexible Komponente, die Kommunen
proportional
73 zur Zahl der Schutzsuchenden unterstützt. Nun ist klar: Wenn mehr Geflüchtete von
einer
74 Kommune versorgt werden, steigen auch die entsprechenden finanziellen Mittel. In den
75 Kommunen wird der Grundstein für die Integration gelegt. Hier müssen die
entsprechenden
76 Voraussetzungen geschaffen und dauerhaft vorgehalten werden. Diesen Weg gehen wir
weiter.

77 **2. Soziale Infrastruktur ausbauen**

78 Wir wollen unsere soziale Infrastruktur stärken und Investitionen auf den Weg bringen.
79 Migration wirkt wie ein Brennglas auf bestehende Probleme, die wir alle im Alltag
spüren,
80 nicht nur bei der Aufnahme von Geflüchteten: Unsere soziale Infrastruktur muss
dauerhaft
81 stärker werden. Der Mangel an Wohnraum oder die unzureichende Anzahl an Schul- und
82 Kitaplätzen wurde in den letzten Monaten noch einmal deutlich. Dieses Problem ist

keines,

83 das wir allein für die Geflüchteten angehen müssen, sondern für die gesamte Gesellschaft.

84 Doch sind die Geflüchteten oft die ersten, denen die fehlenden Kapazitäten angelastet
85 werden. Klar ist: Es wurde zu lange zu wenig getan. Wir wollen deshalb in den Wohnungsbau

86 investieren und dafür sorgen, dass insbesondere mehr Wohnungen mit sozialer Bindung

87 entstehen. Wir wollen auf allen Ebenen in den Ausbau guter Schulen und Kitas investieren.

88 Dafür müssen wir mehr Lehrer*innen und Erzieher*innen gewinnen und ausbilden.

89 **3. Integrationsoffensive starten**

90 Wir wollen Integration vorantreiben und Perspektiven für Geflüchtete schaffen, damit sie

91 Teil unserer Gesellschaft werden. Gute Integrations- und Sprachkurse sorgen dafür, dass

92 Menschen sich schnell einleben und ihren Alltag bewältigen können. Dafür müssen die Kurse

93 von Anfang an verfügbar sein, flächendeckend ausgebaut und zuverlässig finanziert werden.

94 Wir nehmen die besonderen Anforderungen etwa an Integrationskurse mit Kinderbetreuung in den

95 Blick, damit auch Sorgeberechtigte teilnehmen können. Wir wollen auch, dass mehr Sprachkurse

96 in den Abendstunden angeboten werden, sodass sie berufsbegleitend wahrgenommen werden

97 können. Die Migrationsberatung wollen wir stärken.

98 **4. Menschen, die zu uns kommen, in Arbeit bringen**

99 Wir wollen, dass Schutzsuchende schnellstmöglich eine Arbeit aufnehmen können. Unternehmen

100 suchen händeringend nach Mitarbeiter*innen und Arbeitskräften, während es für viele
101 Geflüchtete noch schwierig, für manche sogar verboten ist, eine Arbeit aufzunehmen. Denn

102 wenn Arbeitgeber*innen und Geflüchtete sich einig sind, sollte der Staat nicht mit unnötiger

103 Bürokratie im Weg stehen. Wer hierher kommt, soll seinen Lebensunterhalt auch schnell selbst

104 bestreiten können. Das entlastet die öffentlichen Kassen, leistet einen Beitrag im Kampf
105 gegen den Fach- und Arbeitskräftemangel – und fördert frühzeitig Integration und Teilhabe.

106 Der Arbeitsmarkt war und ist stets der stärkste Motor für Integration. Dafür haben wir die

107 Möglichkeit eines Spurwechsels für Geduldete aus der Asyl- in die Erwerbsmigration
108 geschaffen und mit dem Chancenaufenthaltsgesetz und dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz den

109 Paradigmenwechsel eingeleitet. Wir begrüßen außerdem die von der Bundesregierung in den

110 Verhandlungen zum Migrationspaket geplanten Erleichterungen bei der
111 Arbeitsmarktintegration,
112 zum Beispiel durch die Änderung der Stichtagsregelung bei der Beschäftigungsduldung
113 oder die
114 Lockerung von Arbeitsverboten, die eine deutliche Verbesserung bedeuten. Daran
115 arbeiten wir
116 weiter. Wer arbeiten kann, soll es auch dürfen.

114 5. **Verfahren beschleunigen**

115 Wir wollen für schnellere Verfahren ("fast and fair") – und damit für Klarheit für
116 Betroffene wie für die Kommunen sorgen. Menschen, die Schutz suchen, bekommen so
117 schneller
118 Gewissheit darüber, ob sie bleiben können. Dafür müssen Verfahren vereinfacht,
119 angepasst und
120 digitalisiert werden. Dazu zählt insbesondere der Datenaustausch zwischen den
121 beteiligten
122 Behörden durch eine einheitliche bundesweite IT-Plattform, die zum Beispiel eine
123 bessere
124 Verteilung ermöglicht. Unnötige Bürokratie muss beendet werden.
125 Aufenthaltserlaubnisse sowie
126 Visa für Erwerbs- und Bildungsmigration sollen für längere Zeiträume erteilt werden,
127 damit
128 nicht ständig Verlängerungen vorgenommen werden müssen. Antragstellungen sollten
129 leichter
130 und digitalisiert ablaufen. Hier gehen wir mit der Visadigitalisierung bereits wichtige
131 Schritte. Berufsabschlüsse wollen wir schneller anerkennen. So entlasten wir die
132 Behörden
133 und schaffen Ressourcen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die
134 Einwanderungs- und Ausländerbehörden der Länder, die deutschen
135 Auslandsvertretungen sowie
136 die Verwaltungsgerichte müssen personell besser aufgestellt werden. Dafür braucht es
137 mehr
138 Mittel.

129 6. **Rückführungen rechtsstaatlich durchführen**

130 Wir wollen, dass Rückführungen rechtsstaatlich durchgeführt werden. Nicht jeder, der
131 nach
132 Deutschland kommt, kann bleiben. Wer vor Krieg und Verfolgung flieht, hat ein Recht
133 auf
134 Schutz. Wer nach sorgfältiger Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche
135 Voraussetzungen
136 sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss
137 zügig
138 wieder ausreisen. Dieses Prinzip glaubwürdig anzuwenden, ist eine Voraussetzung für
139 die
140 gesellschaftliche Akzeptanz. Dafür braucht es funktionierende Regeln auch im Bereich
141 der
142 Rückführungen, die stets rechtsstaatliche Standards sicherstellen. Die freiwillige
143 Rückkehr
144 steht dabei für uns im Vordergrund. Menschen, die schwere Straftaten begangen

haben, müssen

138 nach Verbüßung ihrer Strafe prioritär zurückgeführt werden. Da, wo Rückführungen
notwendig

139 sind, müssen sie auch vollziehbar sein, und dabei stets dem Grundsatz der

140 Verhältnismäßigkeit folgen, der unsere Leitschnur ist. Gerade der Schutz vulnerabler
Gruppen

141 sowie von Familien und Kindern muss sichergestellt sein.

142 **7. Migrationsabkommen abschließen**

143 Wir wollen Migration steuern, ordnen und dafür Migrationsabkommen abschließen, die
zugleich

144 legale Einreisewege schaffen. Eine bessere Steuerung der Migration kann nur gelingen,
wenn

145 wir mit den Herkunftsstaaten zusammenarbeiten. Jeder Staat ist verpflichtet, seine

146 Staatsbürger*innen und somit auch abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen; dieser

147 Verpflichtung steht in den Migrationsabkommen ein Angebot gegenüber, das für den

148 Herkunftsstaat und uns einen konkreten Nutzen hat. So steigern wir die

149 Kooperationsbereitschaft, an der das Ausstellen fehlender Ausweispapiere und
Rückführungen

150 häufig scheitert und schaffen geordnete Verfahren, etwa für die Arbeitsmigration. Mehr

151 geregelte Migration ermöglicht weniger unregelmäßige Migration: Da müssen wir
hinkommen – weg

152 von Schlauchboot und Schleusern, hin zu geordneten Verfahren. Die Abkommen sollen
ein

153 Gesamtkonzept bieten, das auch Resettlement-Programme, den Ausbau von
wirtschaftlicher

154 Zusammenarbeit oder Technologietransfers, Visa-Erleichterungen oder
Qualifizierungsmaßnahmen

155 vorsieht. Es müssen nun schnell tragfähige Abkommen durch den
Sonderbevollmächtigten der

156 Bundesregierung ressortübergreifend koordiniert und abgeschlossen werden.

157 **8. Gemeinsame europäische Migrationspolitik entwickeln**

158 Wir wollen ein wirksames gemeinsames europäisches Asylsystem entwickeln. Europa ist
stark

159 und handlungsfähig, wenn es zusammensteht. Wir müssen in Europa gemeinsam an
einer

160 rechtsbasierten und lösungsorientierten Flüchtlingspolitik arbeiten. Wir stehen zu
unseren

161 völkerrechtlichen und europäischen Verpflichtungen. Wir erwarten dabei allerdings
auch, dass

162 andere EU-Staaten ihre Verpflichtungen einhalten. Wir wollen eine faire Verteilung von
163 Schutzsuchenden. Deutschland hat in den letzten Jahren sehr viele Geflüchtete
aufgenommen.

164 Wir wollen, dass alle Menschen, die zu uns kommen, an den Außengrenzen registriert
werden

165 und es zu einer fairen Verteilung in Europa kommt. Dafür müssen auch andere
europäische

166 Länder mehr Verantwortung übernehmen. Ein verbindlicher Solidaritätsmechanismus
zur

167 Verteilung von Geflüchteten ist dazu ein richtiger Schritt. In den derzeitigen
Verhandlungen
168 zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen wir uns für ein
169 funktionierendes, menschenwürdiges System, in dem Familien und Kinder sowie
vulnerable
170 Gruppen besonders geschützt werden, sowie für eine verbindliche Verteilung und
171 Rechtsdurchsetzung ein. Die Einführung des auch in Großbritannien gescheiterten
Ruanda-
172 Modells lehnen wir entschieden ab.

173 9. **Menschenrechte auch an den EU-Außengrenzen durchsetzen**

174 Wir wollen, dass Menschenrechte überall und jederzeit eingehalten werden. Der
175 menschenrechtswidrige Umgang mit Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen
ist
176 unhaltbar, er sorgt für Leid und Chaos. Menschenrechte werden verletzt, ordentliche
177 Verfahren sind nicht gewährleistet. Auch aus diesem Grund fliehen viele Menschen
weiter und
178 suchen Zuflucht bei uns. So kann es nicht weitergehen. Wir wollen deshalb Regeln in
Europa
179 schaffen, die rechtsstaatliche und menschenwürdige Aufnahmen und Verfahren
sicherstellen.
180 Wir wollen, dass Menschenrechte an den Außengrenzen überwacht und Menschen
zuverlässig
181 registriert werden. Wo Menschenrechtsverstöße begangen werden, müssen diese
konsequent
182 sanktioniert werden.

183 10. **Seenotrettung stärken**

184 Wir wollen das Sterben auf dem Mittelmeer beenden. Die Seenotrettung ist eine
rechtliche und
185 humanitäre Verpflichtung, die wir aus tiefer Überzeugung unterstützen. Allein in diesem
Jahr
186 sind nach Angaben der Vereinten Nationen bereits mehr als 2.500 Menschen beim
Versuch, das
187 Mittelmeer zu überqueren, gestorben oder gelten als vermisst. Die EU als
Wertegemeinschaft
188 darf dem Massensterben im Mittelmeer nicht tatenlos zusehen, sondern muss es
beenden. Die
189 Förderung der zivilen Seenotrettung durch den Bund ist ein wichtiger Beitrag; sie kann
190 jedoch keine staatlich koordinierte Seenotrettung ersetzen.

191 11. **Fluchtursachen bekämpfen**

192 Wir wollen die komplexen Ursachen für Flucht und Migration in einem umfassenden
Ansatz
193 gemeinsam mit den Herkunfts- und Transitländern bearbeiten. Die wichtigsten Auslöser
sind
194 bewaffnete Konflikte und Verfolgung aus politischen, ethnischen oder religiösen
Gründen.
195 Hinzu kommen die sich verschärfende Klimakrise sowie strukturelle Ursachen, die in

196 wirtschaftlichen und sozialen, aber auch politischen Unsicherheiten liegen. Die
197 allermeisten
198 Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, sind Binnenvertriebene oder finden
199 Zuflucht in
200 den jeweiligen Nachbarstaaten. Mit dem Ausbau verlässlicher humanitärer Hilfe sowie
201 strukturbildender Übergangshilfe in Krisenregionen können wir Menschen – darunter
202 auch
203 Geflüchtete und Binnenvertriebene – in ihrer akuten Notlage unterstützen. So tragen
204 wir dazu
205 bei, das Leid unmittelbar vor Ort zu lindern. Mit Entwicklungszusammenarbeit auf
206 Augenhöhe,
207 sowie mit fairen Handelsbeziehungen können wir langfristig zur Verbesserung der
208 Lebensperspektiven beitragen; die Bereitstellung von Stabilisierungsmitteln trägt zur
209 Krisen-
210 und Konfliktprävention bei.

Begründung der Dringlichkeit

Seit dem Antragsschluss haben sich relevante Neuerungen ergeben: Die Ministerpräsidentenkonferenz am 06. November 2023 hat mit dem „Deutschlandpakt Migration“ relevante Vereinbarungen getroffen, die in diesem Antrag adressiert werden. Hierzu zählen zum Beispiel die Vereinbarungen zur strukturellen Beteiligung an den Kosten zur Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten durch den Bund.

Begründung

mündlich